

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Tim Golke,  
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann  
(DIE LINKE)**

**Betr.: Umweltgerechtigkeit: Strategien und Maßnahmen zur Minderung  
ungleich verteilter Umweltbelastungen in Hamburg!**

Unter dem Begriff „Umweltgerechtigkeit“ werden Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungen, gesundheitlichen Auswirkungen und sozialen Faktoren betrachtet. Laut Wikipedia ist der Begriff „Umweltgerechtigkeit“ die übliche deutsche Übersetzung des Begriffs „environmental justice“, der in den Vereinigten Staaten seit Anfang der 1980er Jahre ein Problem im Schnittpunkt von Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik benennt.

Sozioökonomische Faktoren wie Bildung, Beruf, Einkommen und Wohnsitz, aber auch andere Faktoren wie Migrationshintergrund und das soziale Umfeld beeinflussen die Lebensbedingungen, die verfügbaren Ressourcen sowie die damit verbundenen Gesundheitsrisiken der Menschen.

Auch in Hamburg sind gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen ungleich verteilt in den Stadtteilen: Der soziale Status entscheidet mit, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind. Dabei sind sozial benachteiligte Menschen überdurchschnittlich häufig benachteiligt, was ein gesundes Lebensumfeld angeht. Sie sind vor allem häufiger von verkehrsbedingten Gesundheitsbelastungen wie Lärm und Luftschadstoffen betroffen, haben weniger Zugang zu städtischen Grünflächen und verfügen daher über geringere Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten.

Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind nicht nur von Umweltproblemen öfter stärker betroffen, sie verfügen auch nicht über die notwendigen Voraussetzungen wie Einkommen, Vermögen und Bildung, um solche Belastungen zu vermeiden.

Die Ergebnisse des Kinder-Umwelt-Survey des Umweltbundesamtes zeigen überdies, dass auch Schadstoffbelastungen in Räumen von Gebäuden ein potenzielles Gesundheitsrisiko darstellen. Auch Energiearmut stellt besonders sozial benachteiligte Menschen vor große Schwierigkeiten, denn ohne Strom gibt es keine Hygiene für Körper und Haushalt.

Ressortübergreifende Strategien und Maßnahmen sind notwendig, um den Anspruch eines jeden Menschen auf eine gesunde Umwelt durchsetzen zu können.

Vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit in Hamburg, die sich verstärkt räumlich abbilden lässt, gewinnen Fragen der sozialen Ungleichheit bei Umweltbelastungen und umweltbezogener Gesundheit auch in Hamburg an Bedeutung.

Für mehr Umweltgerechtigkeit in Hamburg bedarf es einer umfassenden Datenlage zur Erarbeitung eines Handlungskonzepts, um adäquate umweltpolitische, verkehrsplanerische und verbraucherbezogene Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Hierbei müssen Informationen und Aufklärung über umweltbedingte Gesundheitsrisiken

ken auf niedrigschwellige Informationsangebote mit direktem Lebensweltbezug ausgerichtet sein.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. einen Bericht zur Umweltgerechtigkeit mit der Formulierung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung ungleich verteilter Umweltbelastungen in Hamburg zu erarbeiten;
2. darauf hinzuwirken, dass Umweltgerechtigkeit als Querschnittsaufgabe in die Arbeit aller Hamburger Behörden verankert wird;
3. anhand der ermittelten Daten ein niedrigschwelliges Beratungsprogramm zu entwickeln;
4. der Bürgerschaft über die Umsetzung zu 1. und 2. bis zum 15. Januar 2015 zu berichten.